

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Neueinstellungen von Lehrkräften langfristig planen

Noch vor einem Jahr hat die Landesregierung versprochen, die Schüler-Lehrer-Relation von 15,4:1 bis zum Ende der Legislaturperiode zu halten, unabhängig von der daraus resultierenden Zahl erforderlicher Neueinstellungen. Das bedeutet noch keinerlei Verbesserung, sondern lediglich den Erhalt des Status Quo.

Nach den Berechnungen des Ministeriums im letzten Jahr sollten zum Schuljahr 2011/12 340 neue Lehrkräfte eingestellt werden. Das sind mehr, als zur Aufrechterhaltung der Schüler-Lehrer-Relation in diesem Schuljahr erforderlich, aber ein sinnvoller Puffer angesichts der Tatsache, dass der absehbare Lehrkräftebedarf in den nächsten Jahren schwer zu decken sein wird. Nun sollen lediglich 150 Neueinstellungen erfolgen.

Eine neue Studie des Leibniz-Institutes für Strukturentwicklung und Regionalplanung in Erkner weist darauf hin, dass der Lehrkräftebedarf, hochgerechnet auf die nächsten 10 Jahre, durchschnittlich etwa bei 600 Lehrkräften pro Jahr liegt. Dem stehen ca. 450 AbsolventInnen jährlich gegenüber.

Der Landtag möge deshalb beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, für das Schuljahr 2011/2012 anstatt der angekündigten 150 Neueinstellungen mindestens die ursprünglich geplanten 340 Lehrkräfte einzustellen. Anders ist zu befürchten, dass die Schüler-Lehrer-Relation von 15,4:1 bis zum Ende der Legislaturperiode nicht gehalten werden kann.

Begründung:

Die Landesregierung ist mit der Zusage angetreten, Bildung werde höchste Priorität eingeräumt. Ministerpräsident Matthias Platzeck unterstreicht in seinem 2009 erschienen Buch 'Zukunft braucht Herkunft. Deutsche Fragen, ostdeutsche Antworten', jeden in Bildung investierten Euro erhalte das Gemeinwesen mehrfach zurück.

Trotzdem steuert die Landesregierung jetzt sehenden Auges darauf zu, das von ihr selbst aufgestellte Ziel, die Aufrechterhaltung der Schüler-Lehrer-Relation von 15,4:1 bis zum Ende der Legislaturperiode, nicht erreichen zu können. Die Zahl der altersbedingten Abgänge wird in den nächsten Jahren deutlich höher als die der AbsolventInnen sein. In diesem Jahr allerdings stehen noch knapp zweihundert AbsolventInnen in Brandenburg zur Verfügung. Den Einstellungsbedarf nur am jeweils kommenden Schuljahr zu bemessen, halten wir für fahrlässig.

Bei der Berechnung der Einstellungskorridore für die nächsten Jahre kommt erschwerend hinzu, dass bei den 450 jährlichen AbsolventInnen in Brandenburg absehbar weder die Fächerkombinationen noch die Schulform mit den Bedarfen übereinstimmt. Zudem wird Berlin in den nächsten drei Schuljahren 3.230 Lehrkräfte einstellen, bei einer AbsolventInnenquote von 1.100 jährlich.

Wir müssen deshalb unsere ausgebildeten Lehrkräfte frühzeitig an uns binden. Es verspricht wenig Erfolg, sie später wieder nach Brandenburg zurück holen zu wollen oder in anderen Bundesländern nach Lehrkräften zu suchen.

Allein die Schüler-Lehrer-Relation von 15,4:1 zu halten, stellt noch keinerlei Verbesserung dar. Nichteinmal dieses Ziel zu erreichen, ist eine bildungspolitische Bankrotterklärung.

Die einmaligen Mehrkosten für 190 zusätzliche Lehrkräfte betragen für das kommende Schuljahr 9,5 Millionen Euro. Aufgeschlüsselt nach Haushaltsjahren ergibt sich für den Haushalt 2011 eine Mehrbelastung von 3,9 Millionen Euro und für das Haushaltsjahr 2012 von 5,6 Millionen Euro. Die anteiligen Mehrkosten für 2011 werden im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport als überplanmäßige Ausgaben anfallen. Da die Schwellenwerte nach § 8 Haushaltsgesetz in Verbindung mit §37 Absatz 1 Satz 4 Landeshaushaltsordnung nicht erreicht werden, bedarf es weder eines Nachtragshaushaltes noch der Einwilligung des Haushalts und Finanzausschusses. Die Vorschläge zur Gegenfinanzierung muss in die Zuständigkeit des Finanzministerium fallen. Anbieten würde sich die Deckung durch den Titel "Zinsen für Kreditmarktmittel", dessen Finanzausstattung durch das anhaltende Niedrigzinsniveau wohl im dreistelligen Millionenbereich zu hoch angesetzt wurde. Die anteiligen Mehrkosten für 2012 sind in den Haushaltsplan 2012 zu veranschlagen und durch die Mehreinnahmen abzufedern.

Marie Luise von Halem

für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN